

Dresdner Nachrichten

Großer Sportteil

Begründet 1856

Das Kabinett Schleicher vollzählig

Die neue Woche bringt die Reichstagsöffnung

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 4. Dez. Das Reichskabinett ist nunmehr vollzählig. Der Bestätigung der Minister Warmbold und v. Braun ging eine längere, bereits am Sonnabend begonnene Aussprache zwischen diesen beiden Ministern voraus, in der man sich auf eine einheitliche Linie in Bezug auf das Wirtschaftsprogramm einigte. Bekanntlich hatten sich im Kabinett v. Papen erhebliche Schwierigkeiten heraus ergeben, daß der Reichsernährungsminister einen umfassenden landwirtschaftlichen Schutz durch die Einführung der bekannten Kontingente forderte, während der Reichswirtschaftsminister entschieden dagegen Stellung nahm. Ueber das Aussehen der Einigung zwischen den beiden wichtigen Wirtschaftsressorts werden amtlichseits keine weiteren Mitteilungen gemacht. Gerüchteleise verlautet nur, daß Warmbold und v. Braun sich dahin geeinigt haben, nach dem Abschluss der letzten Handelsverträge, die noch Bindungen für die Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse enthalten, die künftige Regelung der agrarischen Einfuhr im Rahmen der neuen Handelsvertragsverhandlungen so zu gestalten,

daß neben einem ausreichenden Schutz der heimischen Landwirtschaft auch die Exportinteressen der deutschen Industrie gebührende Berücksichtigung finden.

Zur Vorbereitung der Regierungserklärung, die der Reichskanzler v. Schleicher vor dem Reichstag abgeben will, wenn auch noch nicht genau feststeht, zu welchem Termin, wird am Montag eine Kabinettsitzung stattfinden. Das Hauptinteresse in der Sitzung, wie in politischen Kreisen konzentriert sich nunmehr zunächst darauf, ob es gelungen wird, mit dem Parlament zu einem Einverständnis zu kommen, d. h. also praktisch zu einer Vertagung zu kommen, die zunächst bis nach Neujahr befristet sein soll.

Reichskanzler v. Schleicher hatte am Sonntag eine Unterredung mit dem Präsidenten des letzten Reichstages, Göring, der vermutlich auch der des neuen Reichstages werden wird. Ueber den Inhalt dieser Besprechungen werden keine amtlichen Mitteilungen gemacht. Sodann ist am Sonntag auch der Führer der NSDAP, Adolf Hitler, wieder in Berlin eingetroffen. Am Montag oder Dienstag

wird sich neben den anderen Fraktionen auch die Fraktion der NSDAP versammeln, um Beschlüsse über die Stellung gegenüber dem Kabinett v. Schleicher zu fassen. Ob sich an der Ablehnung des Kabinetts, die seitens der NSDAP bereits zum Ausdruck gekommen ist, noch etwas ändern wird, ist wohl als sehr zweifelhaft anzusehen.

Das Bestreben der Regierung geht ganz offensichtlich darauf hinaus, erst einmal Zeit zu gewinnen.

Weßhalb man es innerlich des Kabinetts am liebsten sähe, wenn die Regierungserklärung erst nach Beendigung der angestrebten Reichstagsvertretung abgegeben werden dürfte. Die Regierung möchte zunächst in aller Ruhe ihr Gesamtprogramm am gegebenenfalls in nächster Zukunft mit den für die Einigung des Kabinetts in Frage kommenden Parteien, ausarbeiten. Verächten zufolge würde, wenn sich eine Vertagung bis Mitte Januar nicht ermaßigen ließe, zum mindesten eine Vertagung um eine Woche, also etwa bis zur Dezemberrunde, in Betracht kommen, da man ja der Regierung schließlich Zeit lassen müsse, ihre Erklärung vorzubereiten. Von seiten der Kommunisten sind bereits Witterungen zu erkennen, daß sie gegen das Kabinett angefaßt sind, und die Kommunisten wollen unheimlich verlieren, die Beratung solcher Anträge noch vor der Wahl des Reichstagspräsidenten durchzuführen, jedenfalls aber in unmittelbarem Anschluß an die Wahl. Andere Gerüchte, die allerdings an den amtlichen Stellen, bisher keinerlei Bestätigung finden, wollen wissen, daß die Regierung sich für eine Vertagung bis in den Januar durch eine Annahme erkennen lassen wolle. Der Reichstag selbst wird, wie vorgesehen, am Dienstagvormittag um 9 Uhr unter dem Vorsitz des nationalsozialistischen Reichspräsidenten, General v. Hindenburg, eröffnet werden. Es heißt, daß General v. Hindenburg mit einer Ansprache an das neu zusammengetretene Parlament begleitet werde.

Die Wahl des Reichspräsidenten dürfte in der Mittwochs-Sitzung vorgenommen werden, und im Anschluß daran die Wahl der Vizepräsidenten und des Reichstagsbüros. Die erste Sitzung am Dienstag soll lediglich der Konstituierung des Parlaments dienen.

Die amtliche Ernennung der Minister

Dr. Spruy Arbeitsminister

Berlin, 4. Dez. Amtlich wird mitgeteilt: Reichspräsident von Hindenburg hat heute den Reichsminister, General der Infanterie a. D. von Schleicher, zum Reichskanzler ernannt und ihn bis auf weiteres mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichswehrministers beauftragt. Reichskanzler von Schleicher ist gleichzeitig für die Dauer der Verordnung vom 20. Juli 1932 zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt worden.

Auf Vorschlag des Reichskanzlers ernannte der Reichspräsident

den bisherigen Reichsminister ohne Geschäftsbereich Dr. Bracht zum Reichsminister des Innern; den Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst, Geh. Regierungsrat Dr. Spruy zum Reichsarbeitsminister;

ferner bestellte der Reichspräsident auf Vorschlag des Reichskanzlers den Reichsminister Freiherrn von Neurath in seinem Amt als Reichsminister des Auswärtigen; den Reichsminister Graf Schwerin von Krosigk als Reichsminister des Finanzwesens;

den Reichsminister Dr. Görtner als Reichsminister der Justiz;

den Reichsminister Freiherrn v. Eih-Häfenach als Reichspost- und Reichsverkehrsminister sowie

den Reichsminister Dr. Popitz als Reichsminister ohne Geschäftsbereich.

Kußerdem ernannte der Reichspräsident den Präsidenten des Deutschen Landgemeindetages, Landrat a. D. Dr. Gerek, zum Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung.

General von Schleicher ist nur mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichswehrministers nach dem Fortlaut der amtlichen Mitteilung beauftragt. Bei der Leitung zweier Ministerien durch ein Mitglied des Reichskabinetts, ist die Form des Auftrages mit der Wahrnehmung der Führung des einen der beiden Ministerien auch bisher vom Reichspräsidenten stets aus staatsrechtlichen Gründen gewählt worden. Zu beachten ist, daß Dr. Gerek nur zum Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung und nicht etwa zum Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung und Hilfe ernannt ist.

Warmbold und Braun bleiben

Berlin, 4. Dez. In Ergänzung der Meldung über die Zusammensetzung der neuen Reichsregierung wird amtlich mitgeteilt: Der Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichskanzlers die Reichsminister Dr. Warmbold und Reichsminister v. Braun in ihren Ämtern als Reichswirtschaftsminister bzw. Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft bekräftigt.

Einträge im Reichstag

In Art. 48 und Stellvertretung des Reichspräsidenten
Berlin, 4. Dez. Die Sozialdemokraten beschließen, im Reichstag einen Entwurf für ein Ausübungsgesetz zu Artikel 48 der Reichsverfassung einzubringen. Die Bayerische Volkspartei will einen Gesetzentwurf vorlegen, wonach die Stellvertretung des Reichspräsidenten im Falle der Behinderung grundsätzlich dahin geregelt wird, daß der Reichspräsidentpräsident den Reichspräsidenten vertritt.
Nach dem Tode des Reichspräsidenten Ebert war durch ein besonderes Gesetz der damalige Reichspräsident Simon mit der Stellvertretung betraut worden. Offenbar wünscht die Bayerische Volkspartei jetzt eine grundsätzliche Regelung zu erreichen, um zu verhindern, daß der Reichskanzler nach Artikel 51 der Reichsverfassung möglich ist, die Vertretung des Reichspräsidenten im Falle der grundsätzlichen Behinderung übernimmt.

Der Deutsche und der Preussische Städtetag veröffentlichen ein gemeinsames
„Kommunales Arbeitsbeschaffungsprogramm“
das, „angesichts der engen Zusammenhänge zwischen einer Sanierung der Gemeindefinanzen und dem Wiederaufbau der Wirtschaft“, einer erhebliche Erhöhung der Reichshilfe an die Städte entsprechend den steigenden Wohlfahrtskosten fordert.

Eine Entschliessung der Hochschullektoren

Halle, 4. Dez. Eine Konferenz der deutschen Hochschullektoren beschäftigte sich hier mit verschiedenen Fragen, wie Studentenwerkjahr, freiwilliger Arbeitsdienst und Schaffung eines einheitlichen Studentenrechts. Zu dem Hochschulkonflikt in Braunschweig wurde folgende Entschliessung gefaßt: „Die deutsche Hochschullektorenkonferenz erklärt: Es liegt den deutschen Hochschulen und ihren Lehrern fern, den studentischen Jugend die Beschäftigung mit den Problemen des politischen Lebens zu verwehren. Sie erachtet es vielmehr als selbstverständlich, daß Lehrer und Studenten mit heiltem Herzen Anteil nehmen am Schicksal des deutschen Volkes;“

dagegen lehnen sie unter Hinweis auf ihre Verantwortung gegenüber Staat und Wissenschaft das Eingetragene der Parteipolitik in die Hochschullektoren grundsätzlich ab.

Deshalb sprechen die in Halle versammelten Rektoren dem Rektor und Senat der Technischen Hochschule Braunschweig ihren Dank aus für das mannhafteste Eintreten gegenüber dem Eingriff des braunschweigischen Volksbildungsministers in die Freiheit der Wissenschaft und die akademische Selbstverwaltung. Aus dem gleichen Grunde stellen sie sich einmütig hinter das Schreiben, mit dem der Vorsitzende des Verbandes der deutschen Hochschulen den Herrn Reichspräsidenten um Schutz der bedrohten höchsten akademischen Güter angerufen hat.“

Die „Karlruhe“ auf der Heilmahrt. Der deutsche Kreuzer „Karlruhe“ hat am Sonnabend den Hafen von Blye verlassen, um nach Kiel zurückzukehren. Damit findet die Weltreise der „Karlruhe“ ihren Abschluß.

Herzliches Schreiben Hindenburgs an Papen

„Mein Vertrauen bleibt unvermindert“

Berlin, 4. Dez. Reichspräsident von Hindenburg hat an den scheidenden Reichskanzler von Papen nachfolgendes Schreiben gerichtet: „Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Ihrem Antrage um Entlassung aus den Ämtern des Reichskanzlers und des Reichskommissars für das Land Preußen habe ich durch die anliegende Urkunde entsprochen.“

Schweren Herzens und nur veranlaßt durch Ihre persönlichen Hoffnungen, lasse ich Sie in Würdigung der mir vorgetragenen Gründe aus diesen Ämtern scheiden; mein Vertrauen und meine Achtung für Ihre Person und Ihr Wirken bleiben unvermindert. Während Ihrer leider nur halbjährigen Tätigkeit als Reichskanzler und als Reichskommissar für Preußen habe ich Ihre hingebende und verantwortungsvolle Arbeit, Ihre selbstlose Vaterlandsliebe und Ihre vornehmen Charaktereigenschaften hochschätzen gelernt. Ich werde die Zeit der Zusammenarbeit mit Ihnen nie vergessen. Für alles, was Sie in diesen schweren Monaten für unser Vaterland getan haben, spreche ich Ihnen im Namen des Reichs wie eigenen Namens meinen tiefempfundenen Dank aus.

Mit dem besten Wünschen für Ihr Wohlergehen und mit kameradschaftlichen Grüßen verbleibe ich Ihr feid ergebener von Hindenburg.“

Ebenso hat der Reichspräsident dem scheidenden Reichsminister des Innern Freiherrn von Gausl und dem Reichsarbeitsminister Schäffer in persönlichen Handwritten ihren Dank und seine Anerkennung für die geleisteten Dienste zum Ausdruck gebracht.

Die letzte Sitzung des alten Kabinetts

Berlin, 4. Dez. Amtlich wird mitgeteilt: In der letzten Sitzung des alten Reichskabinetts verabschiedete sich Reichskanzler von Papen von seinen bisherigen Mitarbeitern und dankte ihnen herzlich für die treue Zusammenarbeit. In einer kurzen Ansprache bat er diejenigen Reichsminister, die im Kabinett verblieben, in der gleichen Weise wie es ihm gegenüber der Fall gewesen sei, auch mit seinem Freunde und Nachfolger, Herrn v. Schleicher, zum Wohle des Vaterlandes zusammenzuarbeiten. Als Dienstleistungen widmete Reichsminister Reich v. Neurath dem scheidenden Kanzler herzliche Worte des Abschiedes. Sodann verabschiedete sich Reichskanzler v. Papen von den Beamten und Angestellten der Reichskanzlei, die er seinem Nachfolger vortratte.

Der am Sonnabend aus seinem Amte scheidende Reichskanzler von Papen erließ folgende Rundgebung:

„In dem Augenblick, wo ich das Kanzleramt, in das mich das Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten berufen hat, an meinen Nachfolger abgebe, liegt es mir am Herzen, allen Freunden im Lande zu danken, die in den verflochtenen sechs Monaten die Arbeit der Reichsregierung um die Wiedergewinnung unserer inneren und äußeren Freiheit, um die Grundlegung eines neuen und besseren konstitutionellen Lebens, um autoritäre Staatsführung gegen Parteiherrschaft, um Arbeit und Brot für alle unterstützt haben.“

Meine Arbeit hatte nur das eine Ziel: dem Zusammenbruch aller wahrhaft vaterländischen Kräfte zu dienen. In ihm liegt die Zukunft der Nation beschlossen, der wir alle treuen Diensten dienen. Kämpfen wir weiter „mit Hindenburg für das neue Deutschland“.

1.80
1.80
4.45
6.75
25.5
1.10
1.55
78.5
1.75
4.90
6.90
9.75
3.75
1.95
2.95
3.75
den-N 16/18